

Planungsausschuss am 16.09.10
Grünes Eingangsstatement zum Flächennutzungsplan

Im Schortenser städtebaulichen Leitbild heißt es, im Zuge der weiteren Siedlungsentwicklung von Schortens nachhaltig vorzugehen, d.h. es wird ein sparsamer und bedarfsgerechter Umgang mit Grund und Boden verfolgt.

Das im neuen F-Plan vorgesehene „Maximalangebot“, dem ein „Maximalszenario“ zugrundegelegt wurde, widerspricht diesem Leitziel.

Wir stellen den Antrag, wie in unseren Einwendungen formuliert, zu den zur Verfügung stehenden 23 ha für Wohnbebauung statt 40 ha nur noch 20 ha zusätzliche Fläche auszuweisen und eine Prioritätenliste für diese Flächen aufzustellen, nach der sie überplant werden sollen. Dabei soll „innen“ grundsätzlich Vorrang vor „außen“ haben. Für die Gewerbeflächen soll gelten, dass bevor die vorhandenen Flächen nicht vollgelaufen sind, keine neuen Flächen mehr ausgewiesen werden.

25 ha Gewerbeflächen sind noch vorhanden. Bei der Auflistung der Gewerbegebietsflächen ist der Jade-Weser-Park mit seinen 116 ha nicht berücksichtigt worden. Wir haben hier aber ein Mitspracherecht bei der Vergabe dieser Flächen.

Eine überdimensionierte Ausweisung von überbaubaren Flächen kann hinterher argumentativ ausgenutzt werden. „Nur mal so“ viel Wohnbau- und Gewerbeflächen auszuweisen, ohne statistisch fundierte Grundlagen zu haben, ist keine fach- und sachgerechte Vorgehensweise. Ein Gefühl, ein Wunsch, dass der Jade-Weser-Port zu einem Bevölkerungsboom führt, den allein Schortens zu bewältigen hätte, kann nicht die Grundlage für eine so weitreichende Planung sein.

Ist erst mal diese „Angebotsplanung“ da, werden auch Ansprüche laut. Diese Planung zieht andere Planungen nach sich. Ist der erste Planungsstrich gemacht, folgen weitere.

Hat erstmal der Neubau der B 210 wertvollen Naturraum zerstört, heißt es, jetzt ist ja schon so viel zerstört, nun können wir mit Wohn- und Gewerbegebietsplänen auch weitere Flächen überplanen und die Zerstörung fortsetzen.

Bei 40 ha + 23 ha Flächen stünden nach Abrechnung von 15 % Flächen für Infrastrukturmaßnahmen und einer Bauplatzgröße von 600 qm fast 900 Bauplätze zur Verfügung.



Bei 43 ha wären es noch etwa 600 Bauplätze. Sie böten unter der Annahme von 3-Personen-Haushalten 1.800 Menschen Platz.

Bei dem von den Planern optimistisch angenommen Bevölkerungszuwachs von 4%, ich nehme an, dass dieser Prozentsatz auf die nächsten 15 Jahre bezogen ist und nicht pro Jahr gilt, würde ein Zuwachs von 800 Menschen erwartet. Für diese Anzahl reichen 266 Bauplätze aus.

Bei einem reduzierten Flächenangebot kann man jederzeit auf eine größer werdende Nachfrage reagieren und B- und F-Planänderungen auf den Weg bringen.

Die städtebauliche Erforderlichkeit im Sinn des §1 BauGB ist somit für die Ausweisung von weiteren 40 ha Bauland nicht gegeben. Das stellt auch der Fachbereich Bauen und Planen beim Landkreis fest. Auch er fordert eine Prioritätenliste von innen nach außen festzulegen, der wir uns anschließen.